

Möglichkeit zu Eintragungen

zur Kameraführung,
Hinweise zum Bildmaterial
(Präsentation)

Wichtig:

Filmdokumente aus der NS-Zeit
sind nicht ohne Besprechung
einsetzbar!
Sie verfehlen auch heute nicht ihre
agitatorische Beeinflussung.
Es ist daher besser, nur
Einzelbilder zu benutzen!

Der ökonomische Aspekt: Die Weltwirtschaftskrise ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Wirtschaftswissenschaftler:

„In der Folge des 1. Weltkriegs wurde die deutsche Wirtschaft erheblich eingeschränkt: Die Siegermächte des 1. Weltkrieges entschieden: Ehemalige Gebiete Deutschlands wurden an Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Jugoslawien und an Dänemark abgetreten. Weitere Gebiete wurden unter das Protektorat der Siegermächte gestellt. Insgesamt verlor Deutschland ein Siebtel seines ehemaligen Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung.

Weiter wurde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht eingeschränkt: Fast die gesamte deutsche Handelsflotte musste ausgeliefert werden. Die überseeischen Besitzungen Deutschlands gingen verloren. Deutsche Kapitalanlagen im Ausland wurden konfisziert. Ein Drittel der gesamten Kohleförderung musste den Siegermächten ausgeliefert werden sowie 75 % aller Erzvorkommen. Diese Rohstoffe waren aber für die deutsche Industrie von zentraler Bedeutung.

Darüber hinaus mussten Reparationszahlungen in schwindelerregender Höhe geleistet werden, zu denen Barzahlungen gehörten. Zahlungen in Form von Sachgütern wie Kohle, in Form von Farbstoffen und pharmazeutischen Produkten sowie Wiedergutmachungen in Form von Vieh, Kunstwerken, Hafenumaterial, Eisenbahnmateriale, Lastkraftwagen und Kabel etwa.

Weiter gab es Besatzungskosten, Kosten für die Siegerkommissionen, Kosten für die industrielle Abrüstung, Kosten für die neuen Grenzregulierungen, Verwaltungskosten und andere Kosten mehr, die alle dem deutschen Reich aufgebürdet wurden.

Weiter wurde Deutschland entwaffnet: Die Wehrpflicht wurde abgeschafft. Das Heer und die Marine auf ein Minimum von Soldaten reduziert. Bewaffnung und Munitionierung beschränkt. Ein Großteil der deutschen Hochseeflotte wurde versenkt.“

Zwischenrufer 3: Vergessen Sie nicht den sogenannten „Ruhrkampf“ zumindest zu erwähnen.

Historiker 2:

„Zu diesem Thema werde ich kurz berichten: Obwohl 1,478 Milliarden Goldmark im Jahr 1922 an Reparationsleistungen geflossen waren, wies die französische Regierung darauf hin, dass Deutschland mit 24 Millionen Goldmark im Rückstand war, weil nicht genug Holz für Telegraphenstangen und Kohle geliefert worden waren. Dies diente Frankreich als Vorwand, das Ruhrgebiet zu besetzen, um sich schadlos zu halten. Ganz Deutschland schrie empört auf. Die Reparationszahlungen wurden eingestellt, die Bevölkerung im Ruhrgebiet leistete passiven Widerstand und legte die Arbeit nieder.

Möglichkeit zu Eintragungen

zur Kameraführung,
Hinweise zum Bildmaterial
(Präsentation)

Das Reich finanzierte nun die arbeitslos gewordenen Arbeiter im Ruhrgebiet, wodurch die Mark ins Bodenlose sank. Der Wert des Dollars war im Januar 1923 1800 Mark wert, im Dezember 1923 4,2 Billionen! Um sich gegen die Franzosen zu wehren, entstand der Ruhrkampf mit aktiven Sabotagemassnahmen. Schiffe wurden versenkt und Schienen gesprengt, damit Kohle nicht nach Frankreich transportiert werden konnte. Die französische Besatzung reagierte mit Strafen gegen die deutsche Bevölkerung.

Gustav Stresemann, abwechselnd Reichskanzler und Außenminister, versuchte zu retten, was zu retten war. Er wirkte auf eine Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses hin, intensivierte den Dialog mit den Engländern, Italienern und Belgiern, erhielt Kredite von den Amerikanern, griff die Frage der Reparationen wieder auf und schaffte hier bessere Bedingungen.

Außerdem setzte er eine stufenweise Räumung der besetzten Gebiete durch und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Aber selbst ein deutsch-russischer Freundschaftsvertrag und der Verzicht auf die Kontrolle der deutschen Abrüstung durch die Siegermächte konnten nicht über die instabilen innenpolitischen Verhältnisse hinwegtäuschen. Steuern wurden erhöht, radikal Personal in der Verwaltung abgebaut und die Arbeitszeiten heraufgesetzt. Die Inflation, die wieder an Fahrt aufnahm, schürte weiter den Hass, die Wut und den Zorn auf diese Weimarer Republik.“

Wirtschaftswissenschaftler:

„Nach der Währungsreform und der Unterstützung der Wirtschaft mit amerikanischen Krediten verbesserte sich auch die wirtschaftliche Situation: „Goldenen 20iger Jahre“.

Dieser Aufschwung wurde durch die Weltwirtschaftskrise (1929-1933), die in den USA ausgelöst worden war, gestoppt.

Hauptauslöser für die Weltwirtschaftskrise war der sog. Schwarze Freitag Ende 1929 an der New Yorker Börse, der einen weltweiten Konjunkturabschwung einleitete, sowie der dramatische Rückgang des Welthandels. In allen westlichen Industriestaaten äußerte sich das durch drastische Produktionsrückgänge und Rationalisierungsmaßnahmen der Konzerne.“

Zwischenrufer 1: „Aber warum traf es das junge demokratische Deutschland so hart?“

Wirtschaftswissenschaftler:

„Deutschland, das mit den Verträgen von Versailles die Alleinschuld am Kriegsausbruch 1914 eingestand, musste bereits hohe Reparationszahlungen an die Siegermächte leisten.

Wie in allen Industriestaaten dieser Zeit sank die Industrieproduktion, in Deutschland um 50%. Die Konzerne versuchten ihren Verlust durch Rationalisierung von Arbeitsplätzen auszugleichen. Dadurch entstand die Massenarbeitslosigkeit in der gesellschaftlichen Unterschicht. Jeder dritte war arbeitslos, in den USA jeder vierte, in England jeder fünfte und in Frankreich sogar nur jeder siebte. So entstanden bis 1933 6 Mio. Die Arbeitslosenzahlen erhöhten sich bis 1933 auf sechs Millionen.

Möglichkeit zu Eintragungen

zur Kameraführung,
Hinweise zum Bildmaterial
(Präsentation)

Hinzu kamen viele Familien, die von Sozialhilfe lebten. Diese waren politisch in Nationalisten und Kommunisten gespalten, was auch zu Unruhen innerhalb der Gesellschaft führte. Nirgendwo gab es zu dieser Zeit eine solche Radikalisierung, Verzweiflung und Resignation der Wähler wie in Deutschland.

Die sinkenden Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten führten zu einem Rückgang des privaten Verbrauchs. So verringerten sich auch die Einkommen des gewerblichen Mittelstandes.

Wie wollte man das ändern? Das Programm des damaligen deutschen Reichskanzlers Heinrich Brüning sah eine Verabschiedung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, d.h. Reduzierung der Staatsausgaben, Kürzungen der Beamtengehälter sowie eine Erhöhung von Steuern und Sozialausgaben sowie Zollerhöhungen vor. Damit sollte unter anderem die Exportwirtschaft gestärkt und das Handelsbilanzdefizit ausgeglichen werden.

Diese Politik führte nicht zu keiner Entlastung, sondern einer Verschärfung der Notlagen in der Bevölkerung, die kurzfristige Hilfen erwartete.

Die Nationalsozialisten nutzen die Not der Menschen für ihre Propaganda: „Eine Nation, wirtschaftlich zerstört, der Bauernstand ruiniert, der Mittelstand verelendet, die Finanzen zerrüttet, alles bankrott!“, ruft Adolf Hitler und verspricht Brot und Arbeit: „Deutsches Volk, gib uns vier Jahre und ich schwöre dir [...]“. Durch gigantische Arbeitsbeschaffungsprogramme will die NS-Regierung die Arbeitslosen von der Straße holen.“

Historiker 2:

„Nach der Machtergreifung starteten das NS-Regime 1934 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durch den Autobahnbau und die Wiederaufrüstung der Wehrmacht. Der Autobahnbau ist übrigens keine Erfindung Hitlers. Die Idee, Autobahnen zu bauen, stammt nicht von den Mitgliedern der NSDAP, sondern reicht zurück bis vor den Ersten Weltkrieg. 1930 stimmt die NSDAP als Oppositionspartei im Reichstag noch gegen den Bau von Autobahnen. Wesentliche Planungen waren bereits unter Reichskanzler Brüning abgeschlossen worden.

Eine wichtige Rolle spielten auch die Arbeitsdienste. Per Gesetz wurde im Juni 1935 der bis dahin Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) für junge Männer zur Pflicht. Beim Reichsarbeitsdienst (RAD) wurden die sogenannten "Arbeitsmänner" vor allem für Rodungs- und Planierarbeiten eingesetzt.

Auch für junge Frauen wurde ein Arbeitsdienst eingerichtet. In Umschulungslagern und Hauswirtschaftslehrgängen wurden junge Fabrikarbeiterinnen auf den Beruf der Haushaltsgehilfin vorbereitet. In der Siedlerhilfe sollten die „Arbeitsmädchen“ Bäuerinnen entlasten. Gleichzeitig wurde Juden, Sinti, Roma und sogenannten Asozialen ein "gesundes deutsches" Verhältnis zur Arbeit abgesprochen.

Möglichkeit zu Eintragungen

zur Kameraführung,
Hinweise zum Bildmaterial
(Präsentation)

„Arbeitscheue“ wurden zur "Arbeitserziehung" in Konzentrationslager gesteckt und müssen schwarze Winkel tragen.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges tauschten die "Arbeitsmänner" ihre Spaten mit Gewehren. Sie standen an Flugabwehrgeschützen, bauten Abschussrampen und wurden schließlich beim "Volkssturm" eingesetzt. Die Frauen mussten ihren Dienst in den letzten Kriegsjahren in der Rüstungsindustrie ableisten.“

Statements (Beispiele) aus der anschließenden Diskussion aus dem Publikum:

Statement 1:

„Spätestens 1936 war in Deutschland Vollbeschäftigung erreicht. Das hat sicherlich zur Stabilisierung des NS-Regimes beigetragen.“

Statement 2:

„Ursächlich für die Zerstörung der Demokratie in Deutschland und für den Rüstungswahn aber war die Weltwirtschaftskrise nicht. Begünstigt hat sie Hitlers Aufstieg ohne Zweifel.“ (Werner Abelshauser: „Jeder für sich“, a.a.O., S.87)“

Statement 3:

Den Nationalsozialisten kam entgegen, dass der konjunkturelle Aufschwung zum Zeitpunkt der Machtübernahme bereits eingesetzt hatte und dass seit 1930 ein vielgestaltiges Instrumentarium zur Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsbeschaffung entwickelt worden war.

Statement 4:

Auf der anderen Seite sind die von den Nationalsozialisten beschrittenen Wege zur Krisenüberwindung auf das engste mit der Rüstungspolitik und den Kriegsvorbereitungen verknüpft. Der Arbeitsdienst soll zugleich auf den Wehrdienst vorbereiten, die Autobahnen erhöhen die militärische Mobilität im Kriegsfall, die staatlichen Fördermittel fließen vor allem in die Rüstungsindustrie.

Die Abschlussdiskussion zum ökonomischen Aspekt soll in der Schulklasse offen geführt werden. Die Beiträge sollen ebenfalls gefilmt und in die Dokumentation einbezogen werden.

